

# Neutralität der EU-Institutionen

Erklärung der European Humanist Federation (EHF) (18.01.2003)

Die Verankerung irgendeiner Bezugnahme auf Gott in der Präambel der künftigen Verfassung der Union würde für Uneinigkeit sorgen und eine Diskriminierung der zunehmenden Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern darstellen, welche keine religiösen Grundüberzeugungen mehr vertreten. Nichtreligiöse Menschen vertreten Überzeugungen, die ebensolche Achtung verdienen wie die von "Gläubigen".

Jede Bezugnahme auf Gott oder religiöse Traditionen in einem Verfassungsvertrag der EU ist heute gänzlich unangemessen, da anders als im Absolutismus die Gesetze den Menschen nicht mehr im Namen einer religiösen Macht erlassen, sondern von den demokratisch gewählten Vertretern des Volkes verabschiedet werden. Dies ist ein Grundprinzip jeder parlamentarischen Demokratie, durch das sie sich in Europa grundlegend von der "religiösen Tradition" unterscheidet.

Der historische Ursprung jeder Gesellschaft ist ein kulturelles Erbe, das aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen stammt, die sie erst zu dem machen, was sie ist. Die europäische Kultur wurde von vielen verschiedenen Formen der Wahrnehmung der Wirklichkeit und Denkweisen geformt.

Die Europäische Humanistische Föderation (EHF) lehnt jede Bezugnahme auf ein lediglich Uneinigkeit verursachendes Erbe ab und schlägt vor, stattdessen Bezug auf das "kulturelle Erbe der europäischen Geschichte" zu nehmen.

Die EHF fordert, in Artikel 1 der Verfassung folgende Erklärung aufzunehmen: "Die Union basiert auf den unteilbaren und universellen Prinzipien der Würde aller Männer und Frauen, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität; sie gründet auf den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit."

Die EHF vertritt die Auffassung, dass Artikel 10 der Grundrechtscharta das "Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit" garantiert, fordert jedoch, das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen, ausdrücklich aufzuführen.

Die EHF verteidigt die Trennung von Kirche und Staat und fordert, in Artikel 3 zu verankern, dass die Union den säkularen Charakter ihrer Institutionen garantiert.

Die Institutionen der Union sollten so konzipiert werden, dass sie sich neutral gegenüber den Überzeugungen ihrer Bürger verhalten; sie dürfen keine Diskriminierung einführen und müssen die Achtung der Freiheit aller religiösen oder nichtreligiösen Überzeugungen gewährleisten, ohne dass es notwendig wäre, sich auf eine wie auch immer geartete transzendente Botschaft zu berufen.

Heute ist wichtig, jeden Bürger für die aktive Mitwirkung an dem gemeinsamen Unterfangen des Aufbaus eines demokratischen Europas zu gewinnen. Die Unionsbürgerschaft darf daher nicht auf religiösen Überzeugungen oder Botschaften gründen, die sich auf einen wie auch immer gearteten Begriff der Transzendenz stützen.

Die EHF spricht sich gegen die Aufnahme der Erklärung 11 der Schlussakte des Vertrages von Amsterdam in den Vertrag aus, in der es heißt: "Die Europäische Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht." Der einzige Zweck dieser Erklärung ist der Erhalt der Privilegien bestimmter Kirchen in den Mitgliedsstaaten.

Die Humanisten und Säkularisten in der Europäischen Humanistischen Föderation sowie

die Europäer mit religiösen Überzeugungen halten es für notwendig zu verhindern, dass die Europäischen Institutionen erneut einen Graben zwischen den Bürgern, die an den Himmel glauben und der zunehmenden Zahl derer, die nicht daran glauben, aufreißen.

(C) 2006 - Alle Rechte vorbehalten